



## DIE WELT NACH CORONA (3): MEHR MARKT ODER MEHR STAAT?

von Dr. Jörn Quitzau

In der aktuellen Corona-Pandemie wird auch diskutiert, welche Lehren aus der Krise für die künftige Wirtschaftsordnung zu ziehen sind. Manche Beobachter meinen, es komme zu einer Renaissance des Staates und die Folgen des „ungebremsten Kapitalismus“ müssten auf die Agenda der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Diskussion.<sup>1</sup> Nun mag während der globalen Finanzkrise vor gut zehn Jahren zu Recht eine Debatte über eine bessere Wirtschaftsordnung geführt worden sein, denn eine wesentliche Ursache der damaligen Krise waren mangelnde Regulierung und manche Exzesse im Finanzsektor. Dies ist heute anders. Die aktuelle Wirtschaftskrise hat weder eine wirtschaftliche Ursache noch einen wirtschaftlichen Auslöser. Deshalb ist eine Grundsatzdiskussion über die Wirtschaftsordnung heute nicht angebracht.

Trotzdem lohnt sich ein kurzer Blick auf wesentliche Argumente, denn schon vor Ausbruch der Corona-Krise gab es unübersehbare Tendenzen, die Rolle des Staates zu stärken und den Markt zurückzudrängen. Die Enteignungs- und Verstaatlichungsdiskussionen aus dem vergangenen Jahr sind noch in guter Erinnerung. Und da der Staat in der aktuellen Krise auf vielen Ebenen eine herausragende Stellung einnimmt, könnte er auch über die Krise hinaus eine bedeutendere Rolle in der Wirtschaft anstreben wollen.

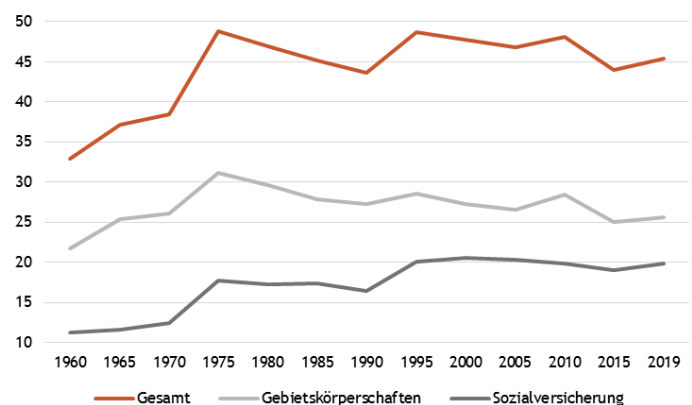
### Ausgeprägte Staatstätigkeit

Zunächst zur These, die Folgen des ungebremsten Kapitalismus müssten auf den Prüfstand: Für das Wirtschaftssystem oder die Volkswirtschaften in ihrer Gesamtheit geht schon das Etikett des „ungebremsten Kapitalismus“ an der Realität vorbei. Dies zeigt der Blick auf die Staatsquote – ein Quotient, in dessen Zähler die Staatsausgaben und in

<sup>1</sup> So sorgte Kardinal Reinhard Marx vergangene Woche mit einem Hinweis auf den „ungebremsten Kapitalismus“ für Schlagzeilen. Zwar sind seine Einlassungen differenzierter, als es die medialen Schlagzeilen vermuten lassen, doch das öffentliche Meinungsbild wird maßgeblich von den verkürzten Schlagzeilen mitgeprägt. Vgl. „[Ich spüre, wie es unter meinen Füßen brodelt](http://www.domradio.de)“, [www.domradio.de](http://www.domradio.de).

dessen Nenner das Bruttoinlandsprodukt des entsprechenden Landes steht. Die Staatsquote gibt also den Anteil der staatlichen Ausgaben an der Wirtschaftsleistung eines Landes an. In Deutschland liegt die Staatsquote seit 1975 durchgehend zwischen knapp 45 % und knapp 50 %. Fast die Hälfte der jährlichen Wirtschaftsleistung geht hierzulande also auf Ausgaben staatlicher Institutionen zurück. Dies deutet sicher nicht auf ungezügeln Kapitalismus hin. Vielmehr handelt es sich um eine Mischform aus Markt und Staat, die in Deutschland als Soziale Marktwirtschaft bekannt ist. Dass die soziale Sicherung eine große Rolle spielt, zeigt sich auch an den Komponenten der Staatsquote (Abbildung 1): Die Ausgaben der Gebietskörperschaften – Bund, Länder und Gemeinden – sind seit 1975 um gut fünf Prozentpunkte zurückgegangen, während die Ausgaben der Sozialversicherung gestiegen sind und seit 1995 rund 20 % der jährlichen Wirtschaftsleistung ausmachen.

Abb. 1: Staatsquote Deutschland

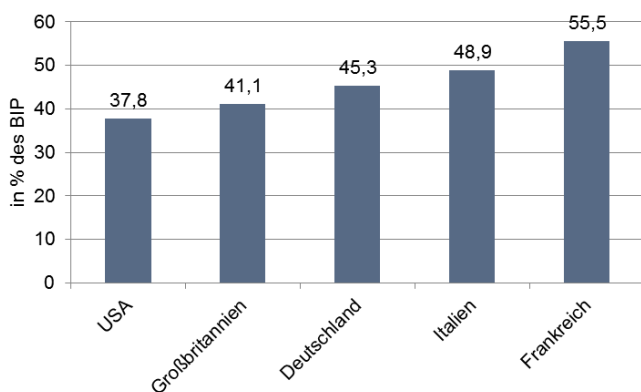


Ausgaben in % des BIP. Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Auch in den meisten anderen Industrienationen liegt die Staatsquote in der Nähe von 50 % (Abb. 2). Selbst die stärker marktwirtschaftlich geprägten Länder Großbritannien und die USA kommen auf Staatsquoten von rund 41 % bzw. 38 %. Der tatsächliche Einfluss des Staates auf die Wirtschaft wird mit diesen Zahlen noch nicht einmal vollständig abgebildet, denn die Staatsquote erfasst nur die

Ausgaben, nicht aber die Regulierungen. Durch sie übt der Staat massiven Einfluss aus. Ob am Arbeitsmarkt, am Wohnungsmarkt, bei Ladenöffnungsgesetzen, in der Bankenregulierung oder mit Marktzugangsregeln – mit unzähligen Regeln, Ge- und Verboten gibt der Staat den Handlungsrahmen vor, innerhalb dessen sich die Wirtschaft entfalten kann. Diese Regeln führen zu keinen oder nur geringen Ausgaben des Staates und haben somit kaum Einfluss auf die Höhe der Staatsquote, obwohl sie die Wirtschaft in ihrer Handlungsfreiheit massiv beeinflussen. Auch der staatlich verordnete Shutdown mit einem Verbot von Großveranstaltungen, geschlossenen Geschäften und anderen Einschränkungen schlägt sich nicht im Zähler dieser Kennzahl nieder. Der Einfluss des Staates ist also noch höher, als es die Zahlen ausdrücken.

**Abbildung 2: Staatsquoten im internationalen Vergleich**



Stand: 2019, für die USA 2018. Quelle: BMF, EU-Kommission.

### Versagt der Markt oder der Staat?

Die Wirtschaftsordnung aller Länder ist letztlich das Zusammenspiel von Wirtschaft, Politik und Regulierungsbehörden. Fehlentwicklungen lassen sich deshalb nicht a priori dem Markt zuordnen. Unerwünschte Ergebnisse können auch das Ergebnis politischer Eingriffe in die Marktprozesse sein. Der Konflikt über den richtigen Umgang mit Exzessen am Immobilienmarkt ist ein aktuelles Beispiel: In Teilen der Gesellschaft und der Politik gibt es große Sympathien für Mietpreisbremsen und anderen Regulierungen zugunsten der Mieter. Ökonomen weisen hingegen mehrheitlich daraufhin, dass derartige Markteingriffe die Anreize für Investitionen in Immobilien schwächen und dadurch das Angebot an Wohnraum langfristig zurückgeht. Staatliche Eingriffe können das ursprüngliche Problem also noch verschärfen. Die gute Absicht allein führt noch nicht zu einem guten Ergebnis.

Die Aktivitäten des Staates unterliegen – wie viele andere Dinge im Leben – einem abnehmenden Grenznutzen. Die Politik erzielt in bestimmten Bereichen große Wirkung. So waren die Staaten die einzig handlungsfähigen Akteure, die schnelle Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beschließen und umsetzen konnten. Auch in anderen Bereichen können Märkte keine zufriedenstellenden Lösungen anbieten, sodass der Staat gefragt ist, wenn es zum Beispiel darum geht, die innere oder äußere Sicherheit zu gewährleisten. Je mehr sich die Politik aber für Güter und Dienstleistungen zuständig fühlt, die besser vom Markt erbracht werden können, desto größer werden die Ineffizienzen und damit Wohlfahrtsverluste. Deshalb sollte der Staat nach Ende der Corona-Krise nicht einfach sein Aufgabenfeld ausweiten, sondern kritisch prüfen, wo er Prioritäten anders setzen kann. So sind höhere Ausgaben für das Gesundheitswesen einschließlich besserer Vergütung für das Personal sowie Investitionen in kritische Infrastruktur sinnvoll und auch wahrscheinlich.

Die Politik mag durch die – hoffentlich – erfolgreichen Maßnahmen gegen die Pandemie auch Gefallen daran finden, in der Wirtschaftspolitik insgesamt das Heft des Handelns stärker in die Hand zu nehmen. Doch die hohen Staatsschulden dürften dem entgegenwirken. Für den Schuldenabbau brauchen wir Wirtschaftswachstum – und Wachstum wird typischerweise in der Privatwirtschaft erzeugt.<sup>2</sup> In der Dekade nach der globalen Finanzkrise hat Deutschland schon einmal gute Erfahrungen damit gemacht, gegen den herrschenden Zeitgeist an den marktfreundlichen Reformen der Agenda 2010 festgehalten zu haben.

### Unsere Berichte zu den volkswirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise:

[Die Welt nach Corona \(2\): Zeitenwende?](#) (21. April 2020), Dr. Jörn Quitzau

[Gemeinsam gegen COVID-19: Schicksalstage für Europa](#) (21. April 2020), Dr. Holger Schmieding

[Die Welt nach Corona \(1\): Nach dem Shutdown](#) (16. April 2020), Dr. Jörn Quitzau

[Etablierte Währungen vs. Bitcoin: Corona-Krise zeigt Mangel der Bitcoin-Idee](#) (15. April 2020), Dr. Jörn Quitzau und André Broders

<sup>2</sup> Vgl. dazu auch „Die Welt nach Corona (2): Zeitenwende?“.



Keine Angst vor höheren Preisen (10. April 2020),  
Dr. Jörn Quitzau

Corona-Hilfspakete: Chancen, Risiken, Nebenwirkungen  
(06. April 2020), Dr. Jörn Quitzau

Wegen Corona-Krise: Vorerst geringere Aussagekraft der  
Inflationsrate (30. März 2020), Dr. Jörn Quitzau

Corona – Der nächste Schritt: Perspektiven schaffen  
(25. März 2020), Dr. Jörn Quitzau

Corona-Krise: Was kann die Wirtschaftspolitik tun?  
(19. März 2020), Dr. Jörn Quitzau

Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise (16. März 2020),  
Dr. Holger Schmieding



# IMPRESSUM

## Makro-Team

### Chefvolkswirt

Dr. Holger Schmieding | Chefvolkswirt  
+49 40 350 60-8021 | holger.schmieding@berenberg.de

### Hamburg

Dr. Jörn Quitzau  
+49 40 350 60-113 | joern.quitzau@berenberg.de

### London

Dr. Florian Hense  
+44 20 3207 -7859 | florian.hense@berenberg.com

### Kallum Pickering

+44 20 3465 -2672 | kallum.pickering@berenberg.com

### New York

Dr. Mickey Levy  
+1 646 949 -9099 | mickey.levy@berenberg.com

### Roiana Reid

+1 646 949 -9098 | roiana.reid@berenberg.com

## Themenseite Volkswirtschaft

<https://www.berenberg.de/volkswirtschaft/>

Berenberg Makro erscheint zu folgenden Themen:

Aktuelles  
Geldpolitik  
Konjunktur  
Schwellenländer  
► Trends  
Währungen

[www.berenberg.de/publikationen](http://www.berenberg.de/publikationen)

Wichtige Hinweise: Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei diesem Dokument und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebenen Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Frühere Wertentwicklungen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Zur Erklärung verwendeter Fachbegriffe steht Ihnen auf [www.berenberg.de/glossar](http://www.berenberg.de/glossar) ein Online-Glossar zur Verfügung.

Datum: 05.05.2020

Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG  
Neuer Jungfernstieg 20  
20354 Hamburg  
Telefon +49 40 350 60-0  
[www.berenberg.de](http://www.berenberg.de)  
[info@berenberg.de](mailto:info@berenberg.de)